

„Schneller, besser, preiswerter - Schleswig-Holstein auf dem Weg zur elektronischen Verwaltung.“

**Rede Finanzminister Rainer Wiegard, MdL
Kongress „Verwaltung - Netzwerk der Zukunft“
der dbb akademie**

**Leipzig, 06. Mai 2008
(Redezeit: 30 Minuten)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Lieber Herr Russ,
meine sehr verehrten Damen,
meine Herren,

ich grüße Sie alle sehr herzlich von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen. Er bedauert sehr, dass er als Schirmherr des Kongresses nicht selbst hier sein kann, denn er hat ein ausgeprägtes Interesse für die Verwaltungsmodernisierung und die dazugehörige Daten- und Informationstechnik. (Das hat schon mancher Aussteller auf der CEBIT erfahren, der meinte, einem Politiker mal ganz oberflächlich die Technik zu erklären – und dann dem fachlichen Detailwissen meines Ministerpräsidenten nicht standhalten konnte.)

Meine Damen und Herren,
vor nur zwei Jahrzehnten hätte ich auf einem Kongress des Beamtenbundes ganz stolz von den ersten Computern in den privaten Wohnzimmern und den Amtsstuben berichtet.

Die Achtziger waren die Blütezeit der ersten Personal Computer, mit denen man etwas Schreiben, etwas Rechnen, etwas Programmieren und etwas Telespielen konnte.

8-Bit-Prozessoren und Arbeitsspeicher von 64 Kilobyte waren die neue Spitzentechnologie für breitere Anwenderkreise. Heute reicht diese Speicherkapazität nicht einmal mehr für die Titelseite einer Powerpoint-Präsentation.

Wer aber damals einen Commodore C64 hatte, war als Klassenkamerad beliebt oder durfte im Verein die Mitgliederverwaltung elektronisch führen.

Dann kam Lisa in die Büros. Das war keine besonders adrette Schreibkraft mit Computerkenntnissen, sondern der erste Büro-Computer mit einer Maus und einem Betriebssystem mit einer grafischen Benutzeroberfläche.

Der Personal Computer löste zentrale Großrechneranlagen ab, die man noch mit Lochkarten fütterte und bei denen man tagelang auf die Rechenergebnisse wartete.

Viel Geld wurde in die neue fremde Welt der Informationstechnik gesteckt, was den Kämmerern und Finanzministern schon damals starke Kopfschmerzen verursachte.

Mit Lisa und allen folgenden Rechnergenerationen brach die technische Revolution in den privaten Haushalten, den Firmenbüros und den Amtsstuben aus.

Die Informationstechnik hat sich seitdem rasend entwickelt.

Und es ist erst 15 Jahre her, da war ein Internet-Zugang noch eine absolute Rarität - und das besonders in der öffentlichen Verwaltung.

250.000 Menschen oder 0,3 Prozent der Deutschen waren 1993 im Netz, heute steht in jedem Kinder- und Jugendzimmer fast selbstverständlich ein eigener Internet-Zugang.

Die Arbeitnehmer und Konsumenten von morgen, die Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen, ist mit 93 Prozent nahezu komplett online.

Diese gewaltige technische Entwicklung hat sich binnen nur einer Generation abgespielt. Der Computer ist heute massentauglich, unverzichtbar und überall verfügbar; für jede Generation und in jedem Winkel der Welt.

Jeden Tag verdoppelt sich die Menge der im weltweiten Netz verfügbaren Informationen.

Jeden Tag werden auf dem gesamten Globus rund 140 Milliarden E-Mails verschickt.

Die Datenmengen und Informationsangebote werden noch weiter explodieren.

Viele von uns sind vom eigenen überlaufenden E-Mail-Konto und der Informationsflut genervt. Wir können das verfluchen. Wir können über Sinn und Unsinn mancher Webseiten streiten.

Allerdings wird die öffentliche Verwaltung, die sonst vieles bremsen und verzögern kann, selbst diese Entwicklung nicht mehr stoppen können.

Der Computer ist längst Alltagsgegenstand. Wir leben in einer digitalisierten Gesellschaft.

Unzählige Verwaltungsaufgaben basieren heute auf elektronischen Verfahren. Ohne die enormen Rechnerkapazitäten und Programme sind die heutigen Anforderungen an detaillierte Gebührenabrechnungen, die Kartierung von Bauflächen oder das Meldewesen gar nicht mehr leistbar.

Die heute selbstverständliche Nutzung des Internets wird die Nachfrage des Bürgers nach elektronischen Dienstleistungen noch weiter steigern.

Mehr als zwei Drittel der Menschen will seine Behördengänge nicht mehr zu Fuß, sondern online vom heimischen Personal Computer, vom mobilen Laptop oder vom stationären Internetservice-PC aus machen.

Eingeschränkte Öffnungszeiten spielen keine Rolle mehr. 7 Tage, 24 Stunden hat so das Rathaus bürgerfreundlich geöffnet.

Wir müssen uns also schon aufgrund der großen Nachfrage gezwungenermaßen an der allgemeinen technischen Entwicklung in der Wirtschaft und Gesellschaft orientieren. Wir müssen die Vorteile für uns nutzen und uns mit den Chancen und Risiken sehr intensiv auseinandersetzen.

Schnell, gut, preiswert, ganzheitlich - diese Ziele für die Verwaltung in Schleswig-Holstein sind sicherlich die gleichen Ansprüche, wie sie

unzählige kleine und große Verwaltungen in ganz Deutschland haben.

Schleswig-Holstein gehört zu den finanzschwächsten Ländern in Deutschland. Die derzeitigen Steuereinnahmen haben zwar inzwischen wieder das Niveau des Jahres 2000 überschritten und schaffen etwas Luft, beseitigen aber nicht das grundsätzliche Problem der staatlichen Überschuldung. Bisher konnte ausschließlich der Anstieg der neuen, zusätzlichen Schulden gebremst werden. Der Jubel über eine dauerhafte, strukturelle Kehrtwende ist verfrüht und einfach naiv.

Dabei stehen wir angesichts des demografischen Wandels und des weltweiten Wettbewerbs vor wichtigen Weichenstellungen, die Geld kosten werden.

Wenn wir neue milliardenschwere Aufgaben in der Bildungspolitik, in der Kinderbetreuung oder zur Verbesserung der Infrastruktur schultern wollen, dann müssen wir auf alte, überflüssige Aufgaben verzichten und – vor allem – alle verbleibenden Aufgaben deutlich optimieren.

Wir müssen uns finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen wieder erarbeiten. Verwaltungsabläufe verschlanken, Kompetenzgerangel beseitigen, Aufgaben abbauen, Kosten senken. Das sind die ersten Gebote für Kommunen, Länder und Bund.

Ernstzunehmende Untersuchungen sprechen davon, dass sich allein durch die verbesserte elektronische Verwaltung rund 35 Milliarden Euro bundesweit einsparen lassen.

Die Arbeit in Rathäusern, Ministerien und Behörden kann und muss noch intensiver auf organisatorische Schwachstellen überprüft und kontinuierlich verbessert werden. Der Abbau von Bürokratie muss beschleunigt werden.

Jeder Euro, den wir dadurch freimachen, kommt neuen überlebenswichtigen Aufgaben zu Gute. Ich halte es für die Pflicht von Politik und Verwaltung, alle Optimierungspotentiale im Verwaltungsapparat zu nutzen, bevor in Gemeinden Schwimmbäder und Büchereien geschlossen werden oder auf Landesebene das Benzin für die Polizeiautos fehlt.

Meine Damen und Herren,
die Informationstechnik ist für diesen Prozess der Aufgabenoptimierung ein wesentliches Werkzeug.

Die Einführung neuer Technik löst viele Diskussionen um Standards, Nutzen und Prozessabläufe aus.

Nach einer Umfrage des Deutschen Landkreistages wurden bei Einführung elektronischer Dienstleistungen in 90 Prozent der Fälle die Verwaltungsprozesse entsprechend angepasst.

Die Informationstechnik muss aber Mittel zum Zweck bleiben – sie darf nicht Selbstzweck werden.

Bei 17 Milliarden Euro, die Bund, Länder und Kommunen jedes Jahr für die Informationstechnik ausgeben, muss ein entsprechender Mehrwert herauspringen.

Ich habe gelegentlich den Eindruck, dass wir uns zu lange mit der Technik aufhalten und zu wenig mit den Lösungen beschäftigen.

Bei einem bedrohlichen Wasserrohrbruch wird jeder Klempner ohne jede große Diskussion gleich zur richtigen Rohrzange greifen, den Schaden beheben und dafür sorgen, dass künftig die Dichtung am Wasserrohr hält.

Bevor wir uns im politischen Bereich und in der Verwaltung dagegen an ganz praktische Lösungen heranmachen und Verwaltungsabläufe neu und besser organisieren wollen, lähmen uns notorische Bedenkenräger und die häufig vorgeschobenen technischen Einwände.

Schon oft habe ich erlebt, dass es in Diskussionen nicht darum ging, die neuen Arbeitsschritte zu gestalten, sondern plötzlich alle Fragen der Informationstechnik dominierten.

Es ging um Speicherkapazitäten der Server, entstehende Schnittstellen oder ob ausschließlich ein bestimmter Mitarbeiter ein spezielles Computerprogramm erhalten darf.

Immer wieder drohte die Verbesserung der Arbeitsabläufe und die angestrebte Rendite von einer detailverliebten Technikdiskussion erdrückt zu werden. Die Technik muß sich an den Wünschen der Kunden und den daraus erforderlichen Verwaltungsabläufen orientieren - nicht umgekehrt.

Meine Damen und Herren,

es geht hier ganz klar um politische Führung unter dem Motto: Stell Dir vor, Du gehst ins Rathaus – und Dir wird geholfen.

Wir wollen den Zustand beenden, dass Herr und Frau Bürger im Rathaus keine Lösung ihrer Probleme erhalten – sondern einen Laufzettel und höchstens noch einen Busfahrplan, um in der Kreisstadt das Arbeitsamt, die Kfz-Zulassungsstelle, das Gesundheitsamt, die staatliche Umweltbehörde zu besuchen. Und wenn Sie da alles erledigt haben, kommen Sie wieder hier her.

In Schleswig-Holstein haben wir deshalb diese politische Führungsaufgabe direkt in der Landesregierung angesiedelt. Staatssekretär Klaus Schlie ist im Finanzministerium dafür verantwortlich, den prozessorientierten Einsatz von Informationstechnik und E-Government-Lösungen voranzutreiben. Er ist zugleich für die Verwaltungsmodernisierung und den Bürokratieabbau zuständig. Denn die preiswerteste Verwaltung ist immer noch die, die nicht benötigt wird – und tatsächlich auch nicht mehr da ist.

So arbeiten wir daran, Bürokratie abzubauen, Verwaltungsabläufe zu verschlanken und dies durch den sinnvollen Einsatz der Informationstechnik zu unterstützen. Wir streben die schlanke Verwaltung aller Bundesländer an.

Ich will nicht verschweigen, dass wir dabei auf viel Beharrungsvermögen und Widerstände stoßen. Das ist eine Mammutaufgabe, die viele von Ihnen aus eigener Erfahrung nachempfinden können.

Die Anwendungen im E-Government - vom Online-Wunschzeichen bis zur elektronischen Bauakte - sind eine echte Hilfe, die Modernisierung der Verwaltungsabläufe weiter voranzutreiben und vorhandene Situationen zu überprüfen.

In Schleswig-Holstein entstehen heute wieder täglich 50 neue Arbeitsplätze. 182 neue Unternehmen haben sich 2007 in unserem Land angesiedelt und rund 3.400 Arbeitsplätze geschaffen.

Wir werden uns im harten Standortwettbewerb mit den boomenden Regionen in Dänemark und inländischer Konkurrenz nur weiter durchsetzen, wenn wir mehr bieten als unsere Wettbewerber: qualifizierte Arbeitnehmer, leistungsfähige Verkehrsverbindungen, professionelle Verwaltungen mit einfachen, transparenten und schnellen Verwaltungsabläufen.

Schlanke Verwaltungsprozesse, unterstützt von sinnvoll eingesetzter Informationstechnik sind ein echter Standortfaktor.

Ein Bäckermeister, der seine eigene Backstube aufmachen möchte, darf nicht an dem Behördenkarussell verzweifeln, das er durchlaufen muss. Gegenwärtig hat er es mit rund 13 verschiedenen Behörden vom Gewerbeamt, über die Berufsgenossenschaft bis zum Gesundheitsamt zu tun.

- 13 verschiedene Behördengänge, 13mal Wartezeit, 13mal neue Formulare, häufig widersprüchliche Aussagen.

Seine Entscheidung, das Risiko als Unternehmer einzugehen, wird davon beeinflusst, wieviele Hürden er zu Beginn der Selbständigkeit überspringen muss.

Meine Damen und Herren,
in unserer Welt werden nicht die großen und damit vermeintlich starken Einheiten überleben. Es sind die flexiblen und zur vernetzten Zusammenarbeit willigen Verwaltungen, die im Wettbewerb um Unternehmen, Arbeitsplätze und Einwohner ihre Kommune oder ihr Land zum Gewinner machen.

Ich fasse sonst die üblicherweise aus Brüssel kommenden Richtlinien nur mit ganz spitzen Fingern an. Die kümmern sich um zuviel kleinteilige Lebenslagen. Aber in diesem Falle bin ich richtig neidisch, dass die Idee nicht von mir ist. Ich begrüße ausdrücklich

den Druck zur Verwaltungsmodernisierung, der durch die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union ausgeht.

Sie soll es Unternehmen erleichtern, ihre Dienstleistungen im gesamten europäischen Raum anzubieten, alle Formalitäten elektronisch und mit einem Ansprechpartner abzuwickeln. Alle Verwaltungsabläufe haben sich auf diesen extrem kundenorientierten Ansatz auszurichten. Stell Dir vor, Dir wird geholfen.

Die Richtlinie stellt die Unternehmen in den Mittelpunkt der angebotenen Dienstleistungen. Es wird das bedeutende Umbauprogramm für unsere öffentliche Verwaltung. Bis Ende 2009 müssen alle Verfahren funktionieren.

Schleswig-Holstein hat hier gemeinsam mit Baden-Württemberg für die Länder die Federführung.

Meine Damen und Herren,
in Deutschland haben wir zudem die Anforderung, die Schnittstellen zwischen Bund, Ländern und Kommunen definieren zu müssen.

Die Verwaltung wird sich von ihren traditionellen festen Zuständigkeiten lösen müssen. Die Reihenfolge und die Bedeutung einer zu erledigenden Aufgabe wird im künftigen Prozessablauf die Position und Zuständigkeit der einzelnen Behörden bestimmen.

Der weitere Quantensprung in den elektronischen Dienstleistungen bedarf zwingend einer intensiven Abstimmung aller Verwaltungsebenen.

Wir leben leider in unserem föderalen System noch mit zuviel Insellösungen und Alleingängen.

Vielfalt ist gut, wenn sie den Wettbewerb beflügelt.

Vielfalt ist dagegen hinderlich, wenn sie durch Einzellösungen, Medienbrüche und einen extrem unterschiedlicher Stand in der Technik bremst.

Alte, isolierte Fachverfahren können nicht unter Artenschutz stehen, sie gehören ins Informatikmuseum.

Herrn und Frau Bürger interessiert nicht, bei welcher Ebene er sich einloggt oder in welchen Briefkasten am Rathaus er seinen Antrag einwirft.

Der Bürger will kostengünstige, rechtssichere, schnelle und gute Dienstleistungen der Verwaltung.

Gerade von den Städten und Gemeinden können wir in diesem Prozess viel lernen.

Der Bürger hat ja – wenn überhaupt – den meisten Kontakt mit seinem örtlichen Rathaus. Schnell haben die Kommunen viele dafür notwendige Anwendungen kreiert. Nicht alles hat sich durchgesetzt, aber das heutige Niveau ist schon sehr beeindruckend. Was häufig fehlt, ist die Vernetzung – oder besser: die gemeinschaftliche Lösung.

Gemeinschaftliche Lösungen werden wir nur anbieten können, wenn die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen deutlich verbessert wird.

Infrastruktur und Anwendungen passen vielfach nicht zusammen. Standardisierung ist ein unbeliebtes Fremdwort.

Jede Verwaltung hat eigene Verfahren bei der KfZ-Anmeldung oder fein ausgeklügelte Geo-Informationssysteme. Datenaustausch und gemeinsame Nutzung wird sehr schwer gemacht.

Aktuell wird diskutiert, die Zusammenarbeit bei der Informationstechnik in das Grundgesetz zu übernehmen. Schleswig-Holstein ist sich mit dem Bund und vielen anderen Ländern darin einig, dass die Zusammenarbeit in der Informationstechnik einer rechtlich tragfähigen und verlässlichen Organisationsform bedarf.

Wir brauchen verlässliche und gemeinschaftliche Regelungen für einen ausfallsicheren Netzbetrieb, für die Datensicherheit und die Standardisierung, damit die Infrastruktur auch von allen genutzt werden kann. Diese Anforderungen müssen rechtlich verbindlich vereinbart werden.

Wir schlagen vor, die Rechtsfigur eines Verwaltungsverbandes im Grundgesetz zu verankern. Wir haben damit eine tragfähige und flexible Organisationsform.

Vor der Organisationsform und den Paragraphen muss immer der Wille zur Zusammenarbeit und der gemeinsame Nutzen stehen. Hier können und müssen wir uns alle deutlich verbessern.

Ein erfolgreiches E-Government lebt von Zusammenarbeit. - Lebt von der Zusammenarbeit der Verwaltungen und von Kooperationen mit der Wirtschaft und Wissenschaft.

Schleswig-Holstein hat dazu eine E-Government-Kompetenzinitiative aufgesetzt. 50 Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung entwickeln in diesem Netzwerk gemeinsam neue E-Governmentlösungen.

Bundesweit namhafte Unternehmen wie T-Systems, Fraunhofer Institut, Siemens oder Microsoft können wir unsere Partner nennen. Sie werden komplettiert durch kleine spezialisierte Software-Schmieden, Forschungseinrichtungen oder Ingenieurbüros.

Wir bündeln damit ein breites und vielfältiges Netzwerk. Größe und Kompetenz, Schnelligkeit und Kreativität, Erfahrung und Praxiskenntnisse machen dieses Netzwerk besser als jeden Alleingang.

Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen kümmern wir uns um neue IT-Lösungen. Unser jüngstes Projekt ist der sogenannte Serviceplatz Schleswig-Holstein. Es wird ein Arbeitsplatz sein, der

von allen in einen Verwaltungsprozess eingebundenen Mitarbeiter und Stellen genutzt werden kann.

Das können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landes- und Kommunalverwaltungen sein, der Bürger als Kunde, die Wirtschaft, die Kammern oder externe Dienstleister.

Es handelt sich um einen universellen Arbeits- und Serviceplatz, der auf einer zentralen Infrastruktur aufbaut. Bezahlssysteme, Dokumentenmanager und natürlich die Fachverfahren komplettieren diesen Serviceplatz Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren,
in dem Prozess der Modernisierung der Verwaltung dürfen wir zwei Gruppen nicht vergessen: die Bürger, die keinen Zugang zur digitalisierten Welt haben und unsere Mitarbeiter.

Wir müssen bei allen Chancen des Einsatzes der elektronischen Verwaltung gewährleisten, dass Herr und Frau Bürger die notwendigen Dienstleistungen auch persönlich in einem Rathaus erhalten können, wenn sie keinen Zugang zur digitalen Nutzung haben – oder wünschen.

Und wenn sich Informationen und Prozesse weiter verdichten und verändern, müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung intensiv für professionelles Umgehen damit qualifizieren.

Meine Damen und Herren,
die nächsten beiden Tage bieten Ihnen beeindruckend geballte
Informationen zur Zukunft der öffentlichen Verwaltung.

Die technologische Revolution zeigt im Congress Center Leipzig all
ihre thematischen Facetten - von der Infrastruktur, über die
Datensicherheit bis zum eLearning.

Spannend wird es sein, wie die Experten die weitere Entwicklung
und das weitere Tempo einschätzen.

Für uns Schleswig-Holsteiner ist eines der wichtigsten Anliegen in
den letzten Tagen bereits gelöst worden:

Unser norddeutscher Gruß „Moin“ wird in den neuen
Rechtschreibprogrammen von Microsoft nicht mehr als Fehler
markiert. Bestimmt werden jetzt auch die Hessen oder Saarländer
die Gesprächsmöglichkeiten auf diesem Kongress zu einer
gleichartigen Initiative nutzen. Viel Erfolg.

Und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.